



MAG. KLAUDIA TANNER
BUNDESMINISTERIN FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

S91143/38-PMVD/2023

17. April 2023

Herrn
Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Lindner, Genossinnen und Genossen haben am 17. Februar 2023 unter der Nr. 14154/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beschwerden wegen Ungleichbehandlung in Ihrem Ministerium“ gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 und 2:

In keinem einzigen Fall.

Zu 1a:

Entfällt.

Zu 3:

Im anfragerelevanten Zeitraum gab es einen Fall vor der Bundes-Gleichbehandlungskommission (1. September 2014 bis 9. Februar 2016) bevor ein gerichtliches Verfahren nach dem Amtshaftungsgesetz durchgeführt und mit Vergleich im Jahr 2018 abgeschlossen wurde.

Zu 4:

Unter Bezugnahme auf die jeweiligen Gleichbehandlungsberichte des Bundes waren nachstehende Verfahren vor der Bundes-Gleichbehandlungskommission anhängig:

Verfahrensdauer	Tatbestand	Diskriminierung	Ergebnis
08.06.2011 bis 29.02.2012	Beruflicher Aufstieg	Geschlecht	Diskriminierung
14.01.2014 bis 02.09.2015	Beruflicher Aufstieg	Geschlecht	Diskriminierung
01.09.2014 bis 09.02.2016	Beruflicher Aufstieg	Geschlecht	Diskriminierung
23.12.2014 bis 12.04.2016	Beruflicher Aufstieg	Geschlecht	Diskriminierung
01.03.2016 bis 31.01.2017	Begründung eines Dienstverhältnisses	Geschlecht	Keine Diskriminierung
09.08.2017 bis 30.01.2019	Beruflicher Aufstieg	Geschlecht	Diskriminierung

20.12.2017 bis 15.05.2018	Begründung eines Dienstverhältnisses	Ethnische Zugehörigkeit	Keine Diskriminierung
26.02.2021 bis 22.04.2022	Beruflicher Aufstieg	Geschlecht	Keine Diskriminierung
23.07.2021 bis 23.05.2022	Begründung eines Dienstverhältnisses	Geschlecht	Keine Diskriminierung
10.09.2021 bis dato	Beruflicher Aufstieg	Weltanschauung, Alter	Verfahren offen

Zu 5:

Dazu verweise ich auf nachstehende Übersicht:

Jahr	Tatbestand	Diskriminierungsmerkmal	Zahlung in Euro
2011	Beruflicher Aufstieg	Weltanschauung	rd. 7.500.-
2018	Beruflicher Aufstieg	Geschlecht	8.500.-

Zu 6:

Der 14. Gleichbehandlungsbericht des Bundes 2022 bestätigt insofern die Bemühungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung, die Besetzung von Arbeitsplätzen, Aufnahmen in ein Dienstverhältnis, aber auch die Beendigung von Dienstverhältnissen laufend zu evaluieren und vor allem zu objektivieren, als in den abgeschlossenen Verfahren vor der Bundes-Gleichbehandlungskommission keine Diskriminierung festgestellt werden konnte.

Mag. Klaudia Tanner